

BERLINER MORGENPOST

19 11 1 / Anzeigen: 18 04 41
 Mitternacht dkr. 1.10 • Holland hfl. -50 • Italien L. 80
 ÜBERPARTEILICH *Wochenausgabe* Lokal-Anzeiger UNABHÄNGIG
 Mittwoch, 24. Juli 1968 / A 1707 A
 Österreich 6. S. 3,- • Schweiz sfr. -50 • Spanien pts. 10,-

Neuer Druck auf Prag Rote Armee übt an westlicher Grenze Kreml-Führer vermutlich schon in der CSSR

Prag/Moskau, 24. Juli
 Springer-Auslands-Dienst/dpa/AP/UPI

Der Kreml will die Prager KP-Führung bei den in Kürze beginnenden zweiseitigen Gesprächen offensichtlich durch ein mächtiges militärisches Schauspiel unter Druck setzen. Das sowjetische Verteidigungsministerium teilte überraschend mit, daß gestern an der gesamten Westgrenze der Sowjetunion ein großes Truppenmanöver begonnen hat. Ebenfalls gestern wurde bekannt, daß die Sowjets die Absetzung des tschechoslowakischen Generalleutnants Prehlik von seinem Posten als Leiter der Abteilung Sicherheit und Verteidigung im ZK der Prager KP verlangen sollen.

- Heute lesen Sie:**
- **Auftakt in New Orleans mit Jazz**
Deutsch-Amerikanisches Volksfest beginnt Freitag (S. 3)
 - **Evergreens vor der TV-Kamera**
Schlagersendung mit vielen Stars entsteht in Berlin (S. 11)
 - **Ewiger Sommer im Tropenhaus**
Die immergrüne Welt des Botanischen Gartens (Seite 5)

Der Regenmacher



Amerikanisches Idyll: Liselotte Pulver und Helmut Schmid in dem Schauspiel 'Der Regenmacher'. Foto: Croner

"Der Regenmacher", der auf seiner Gastspielreise gestern im Theater am Kurfürstendamm Station machte, bringt noch Sonne, jedenfalls ins Gemüt des Publikums. Der spaßig-traurige Herzwärmer, geschrieben von dem Amerikaner Richard Nash, war Mitte der fünfziger Jahre ein Bühnenschlager und Kino-Füller. Jetzt steht uns als neue Attraktion die Hebe Lilo Pulver ins Haus. Bis zur Pause kann sie sich in der Hauptrolle allerdings nur als graues Kästchen grämen, erst zum Schluß des Stückes mausert sie sich zum schönen Schwan. Aber selbst als bebrilltes Jungferlein findet die Pulver im Zuschauerstum viel Gegenliebe. M. C. K.

Abrechnung mit Warschau

Paris, 24. Juli
 Der ehemalige Bonner Korrespondent der Warschauer KP-Zeitung „Trybuna Ludu“, Arthur Kowalski, lüftete jetzt das Geheimnis, warum er entgegen seiner Anordnung seiner Redaktion nicht nach Warschau zurückgekehrt ist. Die polnische KP kehre zum Stalinismus zurück, schrieb Kowalski in der französischen Wochenzeitschrift „Le nouvel Observateur“. Aus diesem Grund habe er bei der „Trybuna Ludu“ gekündigt.
 Vor zehn Jahren erklärte man stolz in Warschau, daß es keine politischen Gefangenen in Polen gebe. Heute ist das nicht mehr der Fall“, schreibt Kowalski. Mit Ausnahme einer einzigen Funktionärschicht lebten die Polen 23 Jahre nach Kriegsende unter Bedingungen, die sich kaum von den ersten Nachkriegsjahren unterscheiden. Vor den Leinwandbildern ständen noch immer Leinwandbilder, die Preise seien hoch und die Qualität der Waren sei schlecht.
 Nach der Antisemitismus in der „Trybuna Ludu“ habe ihn schaudern lassen, erklärte Kowalski. Nur in Hitlers „Völkischen Beobachter“ habe er einst antisemitische Artikel gelesen, „die ebenso bestürzend waren“.

Zu den Zielen des sowjetischen Manövers gehört laut Moskauer Angaben die Lösung von Versorgungs- und Nachschubaufgaben. Die Übung erstreckt sich von der Ostseeküste bis in die Ukraine, die an die CSSR grenzt. Erstmals in der jüngeren sowjetischen Militärgeschichte wurden zu den Manövern auch Reservisten mit mobilisierten Zivilfahrern eingesetzt.
 Politische Beobachter in Moskau weisen auf die Tatsache hin, daß diese Mobilisierung erfolgte, obwohl die sowjetische Landwirtschaft zur Zeit jede Hand und jeden Lastkraftwagen benötigt. Auffallend ist auch, daß Moskau Verteidigungsminister Gretscho vorzeitig von einem Besuch Algeriens in die UdSSR zurückgekehrt ist. Es gilt ferner als ungewöhnlich, daß die Regierungszeitung „Iswestija“ die Mitteilung über den Beginn des Manövers auffallend groß auf der ersten Seite veröffentlichte. Die Manöver sollen bis zum 10. August dauern. — In Prag verlautete gestern, daß die letzten sowjetischen Einheiten inzwischen die CSSR verlassen hätten.

Tagungsort geheim
 Noch nicht offiziell bekannt ist, wann die Gespräche zwischen der Moskauer und der Prager KP-Führung beginnen sollen. UPI und die jugoslawische Agentur Tanjug meldeten gestern, daß die Moskauer KP-Führung mit Breschnew und Kossygin an der Spitze bereits zu dem geheimgehaltenen Tagungsort in die CSSR abgereist ist. Andere Agenturen sprechen davon, daß die Gespräche erst in der nächsten Woche beginnen werden.
 Möglicherweise wird über das Treffen erst nach seiner Beendigung offiziell berichtet. In Prag und Moskau wurde bereits angedeutet, daß man auf Geheim-

Schnell informiert
Senator Spangenberg: Kein „Status quo minus“
 Ein „Status quo minus“ für West-Berlin, eine Verschlechterung des gegenwärtigen Zustandes, sei nicht im Sinne der Entspannungspolitik und würde nicht hingenommen werden können. Das sagte Bundesminister Spangenberg gestern abend in einem Rundfunkinterview zu den Beratungen der Bonner Vier-Mächte-Arbeitsgruppe über den Berlin-Status.
Postdiebin bestraft
 Wegen Verübung zahlreicher Päckchen und Briefe ist eine Angestellte eines Dresdner Postamtes kürzlich zu 14 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Wie das „Informationsbüro West“ meldete, konnten der Frau 97 Diebstahle nachgewiesen werden.
Nasser droht mit Gewalt
 Was mit Gewalt genommen werden sei, könne nur mit Gewalt wiedergewonnen werden. Das betonte der ägyptische Staatschef Nasser vor dem Nationalkongress der Einheitspartei gestern in Kairo. Er werde mit Israel keine Friedensverhandlungen geben.
In der Ostsee aufgebracht
 Sowjetzonalen Wachboote brachten am Wochenende in der Lübecker Bucht zwei westdeutsche Segelschiffe auf, die sich der mecklenburgischen Küste zu weit genähert hätten. Das Segelschiff der Handelsmarine „Seute Deern“ wurde nach drei Stunden freigegeben. Eine hannoversche Jacht wird dagegen seit Sonntag im Hafen von Wismar festgehalten.

Lustlos und schwach
 Ein eigener Bericht
 Berlin, 24. Juli
 Die Tendenz an den Aktienmärkten war gestern ausgesprochen lustlos und schwach. Weder beim Publikum noch bei institutionellen Anlegern besteht gegenwärtig sonderlich großes Kaufinteresse. Die meisten Kurse bröckelten weiter. Ab Störkere Verluste erlitten DeTeWe und Kouhof. Rentenwerte lagen dagegen behauptet bis freundlich. (Siehe Wirtschaft, Seiten 7 und 8.)

Schwenkung um 180 Grad

Von unserer Bonner Redaktion
 Erd, Bonn, 24. Juli
 Eine Schwenkung um 180 Grad soll dem für die zweite Septemberhälfte geplanten Bundeswehrmanöver „Schwarzer Löwe“ die politische Brisanz nehmen. Wegen der Nähe der ursprünglich vorgesehenen Truppenübungsplätze Grafenwöhr und Hohenfels zur Tschechoslowakei wurde gestern im Verteidigungsministerium die Möglichkeit erörtert, die Übung statt von Südwest nach Nordost — also genau auf die CSSR-Grenze zu — nun umgekehrt verlaufen zu lassen. Die Endphase des Manövers mit den Höhepunkten des Kampfescheitens würde dann in der Schwäbischen Alb auf den Übungsplätzen Münsingen und Heuberg stattfinden.

Räumliche Verlegung
 Wie nach einer längeren Besprechung zwischen Staatssekretär von Hase, Heeresinspekteur Moll und dem von Ullrich nach Bonn beorderten Kommandierenden General des II. Korps, Thilo, verlautete, ist zwar die letzte Entscheidung über die Umlagerung des „Schwarzen Löwen“ noch nicht gefallen. Es spreche jedoch mehr für eine räumliche Verlegung als für eine Vertagung. Man erwartet daher, daß Verteidigungsminister Schröder, der auf Bitten des Kanzlers eine Prüfung des Manöverplans angeordnet hat, nach seiner Rückkehr aus Amerika Kiesinger einen entsprechenden Vorschlag unterbreiten wird.
 Parallel zu den Gesprächen im Verteidigungsministerium ging auch gestern der Parteienstreit um das Manöver weiter. Dabei nahm der CDU-Sprecher Rathke besonders den SPD-Präsidenten auf Korn, dem er im Zusammenhang mit dessen Forderung nach Rücktritt Schröders „unnütze, gefährliche und törichte Paukenschläge“ bescheinigte. Offenbar sei dem SPD-Präsidenten entgegen, „daß wir eine funktionsfähige Große Koalition besitzen“. Die Freien Demokraten dagegen betonten erneut, daß nicht Schröder, sondern Kiesinger für die Mißbilligung verantwortlich sei. (Fortsetzung auf Seite 2: Sowjetpresse hetzt weiter.)



Mini-Look und Leder

Paris kleidet die Dome und beweist zugleich, daß der Mini-Look noch lange nicht tot ist. Unser Foto zeigt einen Ledermantel, mit dem Stoff des Kleides gefüttert, eine Lederpassage und große aufgesetzte Taschen harmonisieren wiederum, ebenso wie der Gürtel, mit dem Material des Mantels (Modell: Estere). (Ausführlicher Bericht über die Pariser Wintermode siehe auch letzte Seite.) Foto: AP-Photofax

Absage an Linksradikale

Keine ernsthafte Gefahr für die Bundesrepublik
 Deutsche Presse-Agentur
 Bonn, 24. Juli
 Der Linksradikalismus in der Bundesrepublik bedeutet bisher keine ernsthafte Gefahr für die verfassungsmäßige Ordnung. Das hat Bundesinnenminister Ernst Benda in dem gestern in Bonn veröffentlichten Bericht seines Ministeriums über den Linksradikalismus in der Bundesrepublik im Jahre 1967 festgestellt.
 Demzufolge haben sich die radikalen Tendenzen im SDS im vergangenen Jahr zu „verfassungswidrlichen Bestrebungen“ verdichtet. Unter Führung der Gruppe um Rudi Dutschke hätten sich der SDS und seine Funktionäre offen als Gegner der verfassungsmäßigen Ordnung bekannt. Dabei habe sich der SDS nicht auf theoretische Äußerungen beschränkt, sondern auch versucht, seine Theorien zu verwirklichen. Dafür wurden „Aktionen“ in Universitätsstädten angeführt, mit denen der SDS die Tätigkeit verfassungsmäßiger Organe habe stören und die Bevölkerung provokatorisch gegen die Staatsgewalt aufbringen wolle. Vor allem in Berlin habe der SDS zusammen mit dem Republikanischen Klub innerhalb der außerparlamentarischen Opposition eine starke Aktivität entwickelt.
Hoffnung nicht erfüllt
 Die Hoffnung der KPD, die Tätigkeit des SDS in ihr genehme Bahnen lenken zu können, hat sich nach dem Bericht des Innenministeriums bisher nicht erfüllt. Dabei hätten die Kommunisten gerade ihre Bestrebungen verstärkt, in Gruppierungen außerhalb der großen Parteien Einfluss zu gewinnen. Sie hätten sich besonders auf Positionen in pazifistischen Gruppen und kirchlichen Kreisen, sowie in mittleren und unteren Gliederungen der Gewerkschaften konzentriert. So haben im Jahre 1967 im Bundesgebiet 136 Treffen mit Zölnen und Funktionären stattgefunden. In 38 Fällen sei die DFU und in 38 Fällen die KPD der Veranstalter gewesen. Aus der Zone seien auch wieder zahlreiche Funktionäre mit politischen Aufträgen in das Bundesgebiet entsandt worden, von denen man 1350 erkannt habe. Der illegale Apparat der KPD arbeite nach wie vor weiter. Die straffe Organisation von Kreis- und Bezirksleitungen im Bundesgebiet bis zum Zentralkomitee im Sowjetsektor Berlins stelle das Rückgrat der Partei dar.

Warten auf Rettung



Ein Zeichen der Hoffnung — das rote Kreuz. Wo die Wagen des Internationalen Roten Kreuzes auftauchen, gibt es in Biafra Hoffnung, dem drohenden Hungertod zu entrinnen. Unser Bild zeigt biatranische Kinder vor dem Hospital-Kwasikor bei Enugu. (Siehe auch Seite 2: Täglich 40 000 DM für Biafra.) Foto: AP

25 Israelis in Algerien festgehalten

Deutsche Presse-Agentur/AP/UPI
 Paris/Algier, 24. Juli

Ungewißheit herrscht über das Schicksal von — nach sich widersprechenden Zahlenangaben — 15 der 35 Passagiere, die gestern in einer Boeing 707 der israelischen Fluggesellschaft El Al nach Algerien entführt wurden. 25 israelische Insassen, darunter zehn Besatzungsmitglieder, werden in Algerien festgehalten. Nur 20 Passagiere durften mit einer Caravelle der algerischen Zivilluggesellschaft nach Paris fliegen.
 Die El-Al-Maschine war 0 Uhr 35 vom römischen Flughafen Fiumicino nach Lydda in Israel gestartet. Mit vorgehaltener Waffe wurde dann der Pilot gezwungen, Kurs auf Algier zu nehmen. Flugkapitän Abaranel wurde, als er protestierte, mit einem Pistolenschuß auf den Kopf geschlagen. (Fortsetzung auf Seite 2: Piratenakt zugegeben.)

Lettenkongreß unerwünscht

Eigener Bericht
 Berlin, 24. Juli
 Auf gemeinsamen Wunsch des Senats und der Bundesregierung soll der für die Zeit vom 26. bis zum 31. Juli geplante „Erste Weltkongreß der lettischen Jugend“ nicht in Berlin stattfinden. Die Veranstaltung, zu der etwa 450 lettische Jugendliche aus aller Welt erwartet werden, war bereits seit längerer Zeit vorbereitet worden. Bundesregierung und Senat hätten zunächst ihre Unterstützung zugesagt.
 Die plötzlich geänderte Haltung begründete der Chef der Senatskanzlei, Horst Grabert, gestern mit dem Hinweis auf die Viermächte-Verantwortung für ganz Berlin. Daher könne ein solcher Kongreß „problematisch sein“. Grabert fügte hinzu, daß die drei Westalliierten seien daran interessiert, daß der Kongreß nicht in Berlin stattfindet.
 Wie verlautet, haben diplomatische Kreise der Sowjets zu erkennen gegeben, sie würden das Treffen der lettischen Jugend in Berlin als „erhebliche Provokation“ ansehen. Mit Nachdruck unterscheiden Senat und Bundesregierung jedoch zwischen dieser sowjetischen Haltung und der Forderung Moskaus, Sitzungen von Bundestagsausschüssen und ähnliche Veranstaltungen nicht in West-Berlin stattfinden zu lassen.

Verbot möglich
 Grabert zeigte gestern vor Pressevertretern wenig Optimismus, daß es mit Rücksicht auf die organisatorischen Schwierigkeiten noch zu einer Verlegung des Kongresses kommt. Gleichzeitige verwies er auf ein mögliches Verbot durch die Alliierten.
 Das Organisationskomitee des geplanten lettischen Jugendkongresses erklärte am Abend in einer Pressemitteilung, es könne weder aus politischen noch aus organisatorischen Gründen die Verantwortung für eine Absage oder Verlegung der Veranstaltung übernehmen. Der Plan für den Kongreß in Berlin bestehe schon seit zwei Jahren. Für die lettischen Delegierten sei Berlin ein Symbol für die Freiheit. Dieses Berlin-Bild dürfe durch die Absage des Kongresses nicht zerstört werden.
 Scharf verurteilte im Abgeordnetenhaus die geänderte Haltung des Senats. Damit sei „ein erneutes Beispiel einer beispiellosen Inkonsistenz erbracht“. Der Senat müsse jetzt klarstellen, daß nicht jeder, der in Berlin eine Provokation sei, der den Sowjets als solche erscheinen könnte.
 Die Berliner Hochschulgruppe des ostpolitischen deutschen Studentenverbandes bezeichnete die Haltung von Bundesregierung und Senat als „schändlich und selbstmörderisch für die Berliner Situation. Die Begründung, Moskau könne sich provoziert fühlen, läßt uns fragen, wie lange wir noch unsere demokratischen Rechte durch Moskaus Launen und Willkür beschnitten lassen.“

Das Wetter

(Meldungen von gestern 16 Uhr)

Westerland	wolkig	17° (17°)
Travemünde	heiter	20° (18°)
Seltow	wolkig	18° (20°)
Bad Sölzchen	Regen	16° (15°)
Passau	bedeckt	14° (13°)
Braunlage	Regen	13° (14°)
Hof	Regen	14° (15°)
Friedrichshafen	wolkig	20° (21°)
Freiburg	Regenschauer	22° (22°)
Garmisch	wolkig	10° (14°)
Sitzbura	bedeckt	22° (16°)
Kloppfurt	heiter	22° (21°)
Nizzo	wolkig	21° (18°)
Bozen	wolkig	23° (24°)
Venedig	wolkig	23° (24°)
Stockholm	heiter	25° (26°)
Mailand	heiter	17° (18°)
Barcelona	wolkig	29° (32°)
Hamburg	heiter	25° (30°)
Frankfurt	Regen	19° (18°)
München	wolkig	20° (18°)
Stuttgart	Regen	15° (18°)

(In Klammern die voraussichtlichen Höchsttemperaturen von heute.)

Der Luftdruck fiel von vorgestern 1019 mb auf gestern 1013 mb. Luftfeuchtigkeit 74 Prozent.

Tendenz: schwach steigend
 (Meteorologisches Institut der FU)

Heute in Berlin: Wieder Polarluft

Das Tief über den Mittelgebirgen, das etwas wärmere Luft heraufgeführt hatte, zieht ab. Berlin liegt wieder in einer kühlen Nordströmung. Heute wechselland aufgehellt und stark bewölkt. Höchsttemperatur 20°, tiefste nachts 10°.



Der Luftdruck fiel von vorgestern 1019 mb auf gestern 1013 mb. Luftfeuchtigkeit 74 Prozent.
 Tendenz: schwach steigend
 (Meteorologisches Institut der FU)